

Elterngeld: Mehr Väter erproben neue Rolle	2
Umwelt: Neue Jobs mit grünen Investitionen	3
Rente: Konzepte gegen Altersarmut	4
Geringverdiener: Riesterrente schließt Versorgungslücke nicht	5
Betriebliche Mitbestimmung in Zahlen	6
Arbeitsrecht: 80 Prozent für Kündigungsschutz	6
Armut: Gespaltene Städte	7
TrendTableau	8

FINANZPOLITIK

Steuersenkungen gefährden Wachstum

In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und FDP für 2011 eine Reform der Einkommensteuer vereinbart. Auf Bund, Länder und Kommunen kommen dann Einnahmeausfälle in Höhe von 30 Milliarden Euro jährlich zu.

Bereits im kommenden Jahr wird der Staat insgesamt rund 21 Milliarden Euro weniger einnehmen. Noch von der großen Koalition wurden Steuer- und Abgabensenkungen um 14 Milliarden Euro beschlossen. Die neue Koalition aus Union und FDP hat zusätzlich Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung, der Umsatzsteuer und der Erbschaftsteuer sowie eine Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes vereinbart. Anschließend sieht der Koalitionsvertrag bei der Lohn- und Einkommensteuer den Einstieg in einen Stufentarif vor, der in den Jahren 2011 bis 2013 zu Steuerausfällen von noch einmal jährlich rund 19 Milliarden Euro führt.

Allein wegen der höheren Freibeträge und des neuen Steuertarifs würde der Staat ab 2011 bei der Einkommensteuer 24 Milliarden Euro pro Jahr weniger einnehmen, so Achim Truger, Finanzexperte des IMK. * Insgesamt kommt der Wissenschaftler bei seiner Analyse der finanziellen Folgen des Koalitionsvertrages aber noch auf deutlich höhere Zahlen: Für 2012 würde sich die geplante Steuersenkung auf rund 30 Milliarden Euro summieren – Mindereinnahmen bei Unternehmen- und Erbschaftsteuer inbegriffen. Der Bund wäre mit etwas mehr als 12 Milliarden betroffen, die Länder ebenso, die Gemeinden mit über 4 Milliarden.

Truger hält es für ausgeschlossen, dass die Steuersenkungen der Konjunktur starke Impulse geben und sich selbst finanzieren. Nach seinen Berechnungen lassen sich so höchstens 20 Prozent der Ausfälle kompensieren. Zugleich geben die mittlerweile im Grundgesetz verankerten Konsolidierungsanforderungen wenig Spielraum. „Der Bund kann ja für 2011 im Rahmen der Schuldenbremse noch tricksen“, erläutert der Ökonom. „Die Länder können es nicht. Und die Gemeinden werden bis dahin finanziell am Boden sein.“

Vor diesem Hintergrund hält Truger es für sehr wahrscheinlich, dass die große Tarifreform 2011 verschoben wird. Will die Regierung darauf nicht verzichten, sieht der Finanzexperte zwei mögliche Szenarien: Entweder kommt es zu einem massiven Abbau von echten oder vermeintlichen Steuervergünstigungen, um die Verluste im Rahmen zu halten. Oder der Staat sieht sich gezwungen, die Ausgaben dramatisch zu-

Belastende Entlastungen

Die von der neuen Regierung geplanten Steuersenkungen führen zu jährlichen Mindereinnahmen (in Mrd. Euro)

	2010	2011	2012	2013
Kinderfreibetrag (mit Kindergelderhöhung)	-4,5	-4,5	-4,5	-4,5
Erbschaftsteuer*	-0,6	-1,4	-1,1	-1,1
Unternehmenssteuern	-0,7	-2,2	-2,7	-2,1
Umsatzsteuer	-0,8	-1,0	-1,0	-1,0
Umstellung auf steuerlichen Stufentarif	-	-17,0	-19,5	-20,0
weitere steuerliche Haushaltsbelastungen	-0,3	-0,6	-0,6	-0,6
gesamte steuerliche Haushaltsbelastungen	-6,8	-26,6	-29,4	-29,3
<small>Abweichungen bei den Gesamtsummen zu den Einzelposten durch Rundung</small>				
davon für Bund	-2,7	-11,1	-12,4	-12,4
Länder	-3,2	-11,6	-12,5	-12,5
Gemeinden	-0,9	-3,9	-4,5	-4,4

* vollständig zu Lasten der Länder

Quelle: Koalitionsvertrag, Presse; Berechnungen IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

sammenzustreichen. Trugers Befürchtung: „Damit hätten Steuersenkungen sogar einen negativen Effekt auf das Wachstum, weil vom Staat weniger Investitionen ausgehen.“

* Achim Truger leitet das Referat Steuer- und Finanzpolitik im IMK
Download unter www.boecklerimpuls.de

Mehr Väter erproben neue Rolle

Allmählich steigt die Zahl der Väter, die für ihre Kinder eine berufliche Auszeit nehmen – vor allem seit Einführung des Elterngeldes. Und immerhin ein Drittel der Elterngeldväter bleibt mehr als die obligatorischen zwei Partnermonate zu Hause.

In Umfragen sind die neuen Väter bereits länger kein Randphänomen mehr. Schon seit einigen Jahren bevorzugen über 70 Prozent der Männer mit kleinen Kindern das Vaterschaftsmodell des Erziehers gegenüber dem des Ernährers – zumindest theoretisch. In der Praxis nahmen 2001 allerdings erst 1,5 Prozent der Väter den so genannten Erziehungsurlaub, 2006 gingen etwa 3 Prozent in Erziehungszeit. Mit dem Elterngeldgesetz, das eine Lohnersatzleistung von bis zu zwei Dritteln vorsieht, sind die Zahlen nun deutlich gestiegen. Mitte 2008 beantragten über 18 Prozent der Väter Elterngeld. Wie nutzen Väter die Möglichkeiten des neuen Gesetzes? Diese Frage beantwortet eine Untersuchung des Berliner Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra), gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung.*

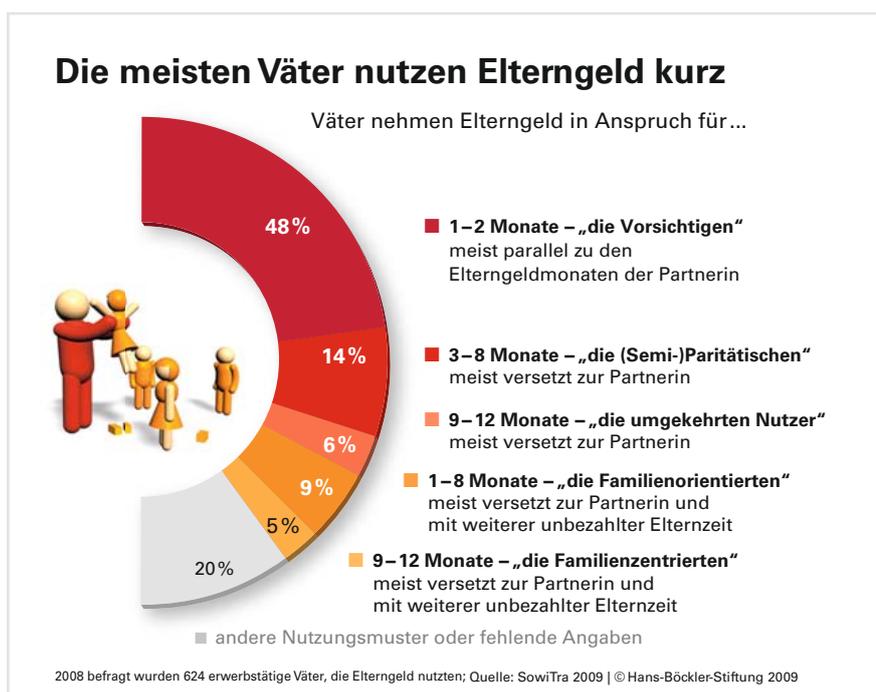
Die Forscher befragten 624 erwerbstätige Väter in Elterngeldbezug sowie Personalverantwortliche und Betriebsräte. Eine Erkenntnis: Bereits in der Anfangsphase wirkt sich das neue Elterngeld wesentlich auf die Arbeitswelt aus. Zwar glauben Väter und Experten im Betrieb, die Nutzung der Elterngeldmonate klappe nur bei ihnen gut – in anderen Unternehmen sei dies schwierig. Jeder Vater, der seinen Anspruch nutzt, trage jedoch dazu bei, dass aus der Auszeit für Männer ein „normaler“ Vorgang wird, so die Forscher.

Trotzdem zeigen sich Unterschiede: Elterngeldväter sind besonders häufig in Großbetrieben und fast ausschließlich in Unternehmen mit betrieblicher Interessenvertretung beschäftigt. Sie arbeiten vorrangig in der öffentlichen Verwaltung oder bei Dienstleistern, haben mehrheitlich einen Hochschulabschluss und sind vor allem als qualifizierte Angestellte tätig. Sie sind im Durchschnitt 37 Jahre alt, ihre Partnerin ist ebenfalls erwerbstätig. Elterngeldväter leben meist in Großstädten. Und: Zwei Drittel nehmen nur eine kurze Auszeit von bis zu zwei Monaten.

Insgesamt identifizieren die Experten von SowiTra fünf unterschiedliche Nutzertypen:

1. Die Vorsichtigen machen 46 Prozent der befragten Väter aus. Sie nehmen nur ein bis zwei Partnermonate, fast immer als echte Auszeit und mehrheitlich direkt im Anschluss an die Geburt. Fast alle haben bisher keine Erfahrungen mit Elternzeit oder familienbedingter Teilzeit für ein früheres Kind. Sie betonen häufiger als andere Väter, dass sie sich auf Wunsch ihrer Partnerinnen an den Elterngeldmonaten beteiligen. Sie wollen nicht ihr berufliches Fortkommen gefährden, halten die Auszeit deshalb möglichst kurz.

2. Die (Semi-)Paritätischen beziehen zwischen drei und acht Monaten Elterngeld und nehmen ihre Auszeit meist versetzt zur ebenfalls erwerbstätigen Partnerin. Eine möglichst kurze berufliche Auszeit für beide Eltern ist ihnen wichtig. Ihre Gruppe umfasst 14 Prozent der Befragten.



3. Die umgekehrten Nutzer. Sie nehmen eine längere Auszeit als ihre Partnerin. Für diese 6 Prozent der befragten Väter ist es überdurchschnittlich wichtig, die Verantwortung für die Familie mit ihrer Partnerin zu teilen, aber auch deren berufliches Fortkommen zu unterstützen. Die eigene berufliche Karriere spielt eine untergeordnete Rolle.

4. Die Familienorientierten. 9 Prozent nehmen zwischen einem und acht Elterngeldmonaten, kombinieren dies aber mit sich anschließender, unbezahlter Elternzeit. Oder sie haben schon früher mit Elternzeit oder Teilzeitarbeit Erfahrungen gesammelt. Ihr Wunsch: Die Kinder sollen möglichst lange von einem Elternteil betreut werden können.

5. Die Familienzentrierten. 5 Prozent nutzen zwischen neun und zwölf Elterngeldmonate. Sie kombinieren diese aber noch mit zusätzlicher, unbezahlter Elternzeit oder haben Erfahrungen mit Elternzeit für ein früheres Kind. Für diese Väter ist es wichtiger als für alle anderen, schon frühzeitig viel Zeit mit dem Kind zu verbringen. Sie betonen, dass ihre Entscheidung nicht nur auf den Wunsch der Partnerin zurückgeht. ◀

* Quelle: Svenja Pfahl, Stefan Reuyß: Das neue Elterngeld, Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern, edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Neue Jobs mit grünen Investitionen

Weniger als zwei Millionen Arbeitslose noch vor dem Jahr 2020: Das wäre möglich, wenn Deutschland ein Umbau seiner Wirtschaft gelingt – in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und Klimaschutz.

Hält die Bundesrepublik an ihrem bisherigen Wirtschaftsmodell fest, ist lediglich eine schleppende wirtschaftliche Erholung mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich kaum mehr als einem Prozent zu erwarten. Mit Investitionen in grüne Technologien hingegen sind im kommenden Jahrzehnt im Schnitt deutlich mehr als zwei Prozent reales Wachstum möglich. Zu diesen Ergebnissen kommen Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des IMK.*

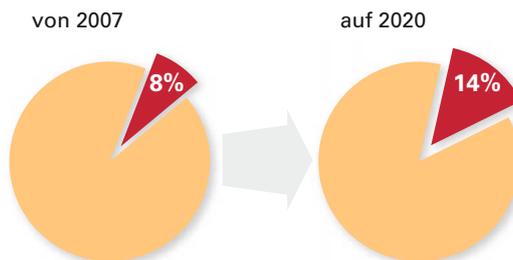
Regionale Cluster bei der nachhaltigen Energieproduktion sind einer der wichtigsten Ansatzpunkte für zukunftsfähige Industrien in Deutschland, so die Wissenschaftler. Davon würden auch Zukunftsentwicklungen in der Automobilindustrie profitieren: eine Optimierung der bestehenden Antriebe, aber auch die Entwicklung der Elektromobilität. Stromnetze, Gas- und Fernwärme sollten ökologisch umgebaut werden, erneuerbare Energien stärker zum Einsatz kommen.

Für einen ersten Investitionsschub könnte der Staat kurzfristig höhere Haushaltsdefizite in Kauf nehmen, schreiben die Forscher in ihrer Untersuchung, die vom European Climate Forum koordiniert und vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurde. Wie die Clinton-Administration gezeigt habe, kann auch ein großes Budgetdefizit in wenigen Jahren abgebaut werden.

Voraussetzung für ein erfolgreiches Umschwenken ist aber auch ein Umbau des Steuersystems. Denn deutsche Unter-

Wirtschaftsfaktor Umwelt

Der Anteil der Umwelttechnologien am Umsatz aller Wirtschaftsbereiche könnte steigen ...



Quelle: European Climate Forum 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

daher wieder höhere Steuersätze bei zugleich großzügigeren Abschreibungsmöglichkeiten gelten. Erbschaft- und Grunderwerbsteuer könnten Anreize für energetische Sanierungen bieten. So wäre zum Beispiel die Grunderwerbsteuer zu erlassen, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Erwerb eine Immobilie umfassend saniert wird.

Wer mit seinem Vermögen lieber an den Kapitalmärkten spekuliert, soll eine Börsenumsatzsteuer zahlen, schlagen die Forscher vor. Begleitend dazu könnte ein Finanz-TÜV die Zulassung von Finanzprodukten an den Geld-, Kapital- und

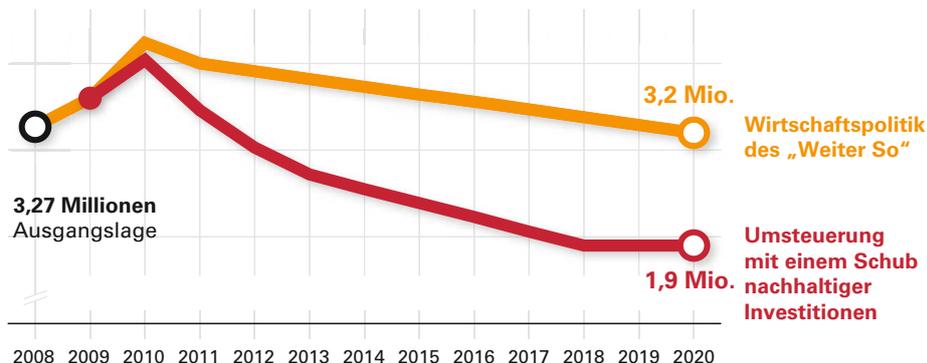
Immobilienmärkten regeln. Ist eine Anlage intransparent und damit aus Sicht der Prüfstelle riskant, gibt es keine Genehmigung. Bei alledem wichtig: die internationale Koordination, insbesondere innerhalb der Europäischen Union. So sollte der Finanz-TÜV gleich auf EU-Ebene eingerichtet werden.

Nachhaltige Anlageprodukte wie Klima- und Innovationsfonds könnten ebenfalls mehr Geld in zukunftsträchtige Geschäftsfelder lenken. Auch diese ließen sich europäisch ausrichten. Eine Zertifizierung der Investments über den Finanz-TÜV würde es privaten Investoren zusätzlich leichter

machen, ihr Geld entsprechend anzulegen. ◀

Investitionen in grüne Jobs

Szenarien: Veränderung der Arbeitslosenzahl bei einer...



* Berechnung auf Basis der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Oktober 2009; Zahl der Arbeitslosen jeweils im Dezember des Jahres; Quelle: European Climate Forum 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

nehmen und Anleger haben in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger Geld in die Erneuerung der Wirtschaft investiert – trotz hoher Vermögenseinkommen.

Steuerliche Anreize können dafür sorgen, dass eben diese Einkommen wieder vermehrt in unternehmerische Investitionen fließen. Im Rahmen der Gewinnbesteuerung sollten

* Quelle: Carlo C. Jaeger, Gustav Horn, Thomas Lux: Wege aus der Wachstumskrise, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Oktober 2009
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Konzepte gegen Altersarmut

Altersarmut droht in den kommenden Jahren zu einem weit verbreiteten Problem zu werden. Eine Studie zeigt, wie sie im Ausland eingedämmt wird – und welche Vorschläge für die Bundesrepublik vorliegen.

Derzeit sind in Deutschland vergleichsweise wenige Rentner arm. Nur etwa jeder vierzigste benötigte 2007 zusätzlich zum Ruhegeld Grundsicherung. Das wird jedoch voraussichtlich nicht mehr lange so bleiben. Schon seit 2003 nimmt die Zahl der älteren Menschen mit Hilfsbedarf zu, binnen vier Jahren ist sie von 258.000 auf 392.000 gestiegen. Dieser Trend dürfte sich verstärken, weil nun geburtenstärkere Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Hinzu kommen grundsätzliche Probleme: Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) sorgt nicht in jedem Fall für eine ausreichende Rente, Phasen

Rentensystem. „Das Scheitern einer allgemeinen Grundsicherung im Alter hat seine Ursache im Glauben der politischen Eliten an eine einfache Sozialversicherung, die auf Vollbeschäftigung beruht“, so die Studie. Menschen über 65 mit knapper Rente und wenig Vermögen sind darum im Alter auf eine Form der Sozialhilfe angewiesen. Der Weg dahin wurde erleichtert: Hat ein Rentenbezieher weniger als 27 Entgeltpunkte erworben, wird dem Rentenbescheid ein Antrag auf Grundsicherung im Alter beigelegt. Ehe der Staat zahlt, überprüft er die Bedürftigkeit.

Die deutsche Debatte um Mindestsicherungselemente in der Rente lehnt sich stark an Vorbilder in anderen OECD-Ländern an. „Der internationale Vergleich zeigt, dass es ein breites Spektrum an Lösungsmöglichkeiten für die Absicherung sich wandelnder Erwerbsbiographien gibt“, schreiben Riedmüller und Willert. Drei Grundelemente kommen in den westlichen Industrieländern in verschiedenen Kombinationen zum Einsatz:

- ▶ die **Grundrente**, eine Basis-Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung, die für alle Versicherten gleich hoch ist. Sie wird separat von der einkommensbezogenen Rente organisiert und ausgezahlt. Andere Einkünfte werden nicht verrechnet. Dieses Modell gibt es in Norwegen, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark.

- ▶ die **Mindestrente**, also ein garantierter Sockel, der aus der allgemeinen Rentenkasse gezahlt wird. Diese Mindestzahlung gibt es in zwölf OECD-Ländern. Dazu zählen Frankreich, Schweden und die Schweiz.

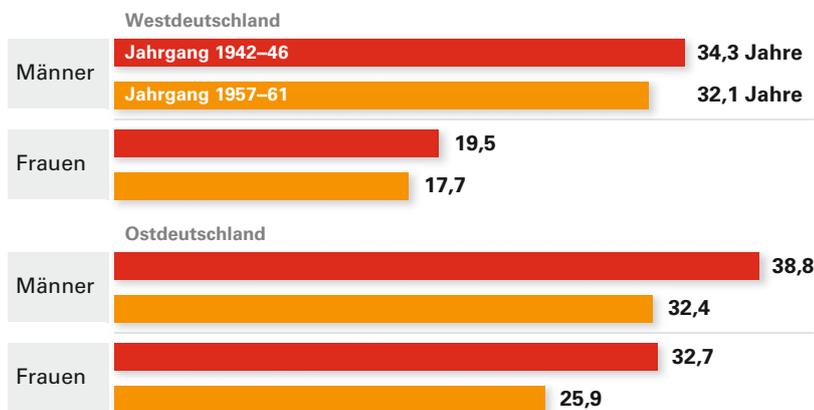
- ▶ eine **bedarfsgeprüfte Leistung** innerhalb des Rentensystems. Österreich hat eine derartige Grundsicherungs-Säule außerhalb der Sozialhilfe; die reguläre Rente wird mit angerechnet.

Von der Art der Mindestsicherung kann nicht auf das Niveau geschlossen werden. In der Schweiz etwa ist die Mindestrente niedriger als die Sozialhilfe – man braucht also zusätzlich durch Beiträge erworbene Ansprüche, um auf das Existenzminimum zu kommen.

Eine kleine Lösung für wenige. Wer ein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, soll eine Rente oberhalb des Existenzminimums bekommen. Dieses Ziel hat die CDU in ihrem Wahlprogramm ausgegeben und auch im Koalitionsvertrag der neuen Regierung bekräftigt. Langjährig Beschäftigte sollen bedarfsgeprüfte Zahlungen aus dem Rentensystem erhalten. Riedmüller und Willert sehen diesen Ansatz kritisch: Er käme nur Geringverdienern mit einer fast lückenlosen Erwerbsbiografie zu Gute – das ärmste Fünftel der künftigen Rentner wird aber Hochrechnungen zufolge im Schnitt nur 18 Jahre sozialversicherungspflichtig in Vollzeit gearbeitet

Für jüngere Jahrgänge wird es im Alter schwierig

So lange haben aus einer Vollzeitbeschäftigung in die Rentenkasse eingezahlt:



Quelle: Bogedan, Rasner 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung oder Familienzeiten schmälern die Ansprüche der Beschäftigten. Auch die Rentenkürzungen durch die Reformen von 2001 und 2004 machen sich bemerkbar. „Selbst vollständige Berufsverläufe sind kein Garant mehr für hohe Renten“, stellen Barbara Riedmüller und Michaela Willert von der FU Berlin fest.*

Weil künftig vielen Älteren der Weg zum Sozialamt droht, wird über die Einführung einer Mindestsicherung in die gesetzliche Rente diskutiert. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich in ihren Wahlprogrammen mit dem Thema beschäftigt. Riedmüller und Willert beleuchten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung insgesamt 18 Vorschläge von Parteien, Verbänden und Forschern. Die Übersicht macht deutlich: Die Überlegungen vor allem der größeren Parteien beschränken sich auf die relativ kleine Gruppe derer, die bereits sehr lange in Vollzeit gearbeitet haben. Würden diese Modelle umgesetzt, ließe sich das Problem allenfalls eindämmen, aber kaum lösen. Mehr Erfolg versprechen Konzepte, die den Menschen ermöglichen, länger und mehr in die Rentenkasse einzuzahlen. Eine dritte Gruppe von Reformvorschlägen will Erwerbsarbeit und Rentenbezug entkoppeln; einen solchen Systemwechsel halten Riedmüller und Willert jedoch für wenig wahrscheinlich.

Bislang gibt es in Deutschland im Unterschied zur großen Mehrheit der OECD-Staaten keine Mindestsicherung im

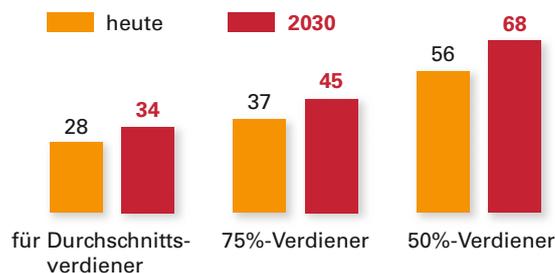
haben. Ausgeschlossen sind also ausgerechnet die Menschen mit dem höchsten Armutsrisiko, die zumeist weiblichen Teilzeitkräfte gingen leer aus. „Derartige Beschränkungen von Rentenleistungen auf Vollzeit-Erwerbstätige sind im internationalen Vergleich nicht bekannt“, so die Forscherinnen.

Vorbeugen im Erwerbssystem. Andere Vorschläge zielen darauf ab, nicht nur die abhängig Beschäftigten mit der gesetzlichen Rente abzusichern und dadurch mehr und längere Einzahlungen in die Rentenkasse zu ermöglichen. Die Berliner Wissenschaftlerinnen halten diesen Ansatz für besser geeignet, um Altersarmut zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, die Deutsche Rentenversicherung, der DGB, Wahlprogramme von Grünen und Linkspartei – sie sprechen sich für eine Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen aus. Selbstständige und je nach Konzept auch Beamte wären mit in der GRV versichert. Die Erwerbstätigenversicherung wird mit unterschiedlichen Elementen kombiniert. Die AfA etwa schlägt vor, dass ein gesetzlicher Mindestlohn für mehr Rentenbeiträge der Geringverdiener sorgen soll, außerdem könnten die Rentenbeiträge während des ALG-II-Bezugs angehoben werden. Diese Maßnahmen würden die Rentenansprüche von Geringverdienern und zeitweise Arbeitslosen stabilisieren. Die Linkspartei will zusätzlich die obere Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und eine Höchstrente einführen.

Erwerbstätigkeit und Alterseinkommen entkoppeln. Die Grünen orientieren sich am Schweiz Vorbild und haben in ihrem Wahlprogramm einen Sockel von 420 Euro vorgeschlagen. Die Bundestags-Abgeordnete Katja Kipping von der Linkspartei hingegen hält sich relativ stark an das schwedische Modell; sie regt eine Mindestrente von 800 Euro an. Beide Vorschläge würden den Zusammenhang von Beiträgen

Mehr Rentenbeitragsjahre nötig

Die für eine Rente in Höhe der Grundsicherung* erforderlichen Beitragsjahre betragen...



* hier 664 Euro für einen alleinstehenden Arbeitnehmer nach aktuellen Werten
Quelle: Steffen 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

und Rentenzahlungen lockern. Noch stärker als andere Parteien und Verbände will aber die FDP Erwerbsarbeit und Rentenbezug entkoppeln. Sie möchte ein bedürftigkeitsgeprüftes Bürgergeld in Höhe von 662 Euro im Monat einführen, das auch für ältere Menschen alle steuerfinanzierten Leistungen bündelt. Die Rentenpolitik der Liberalen läuft auf eine „bedürftigkeitsgeprüfte Grundrente“ hinaus, erklären Riedmüller und Willert, denn zugleich solle die gesetzliche Rentenversicherung langfristig an Gewicht verlieren. Dass es zu einem solchen Systemwechsel in der deutschen Rentenpolitik kommt, halten die Wissenschaftlerinnen jedoch für unwahrscheinlich. ◀

* Quelle: Barbara Riedmüller, Michaela Willert: Aktuelle Vorschläge für eine Mindestsicherung im Alter, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Geringverdiener: Riesterrente schließt Versorgungslücke nicht

Die Riesterrente soll gerade Arbeitnehmer mit geringen Einkommen dazu bewegen, mehr zu sparen – damit sie im Alter trotz geringerer gesetzlicher Rente nicht deutlich schlechter dastehen als heutige Rentner. Eine empirische Studie deutet daraufhin, dass der Plan nicht aufgehen wird.

Von Januar 2002 bis März 2008 haben Arbeitnehmer rund elf Millionen Riesterverträge abgeschlossen – staatlich subventioniert mit erheblichen Steuermitteln. Die kapitalgedeckte Riesterrente soll einen Teil der Versorgungslücke schließen, vor der die heute Beschäftigten wegen der geringeren gesetzlichen Rente im Alter stehen werden. Deren Leistungsniveau wird zurückgehen, weil in Zukunft weniger Beschäftigte die Zahlungen an mehr Rentner finanzieren müssen, die Beitragssätze aber nur geringfügig erhöht werden sollen. Die Lücke durch Kapitalerträge zu schließen, könnte aber nur gelingen, wenn Arbeitnehmer deutlich mehr sparen, also zusätzliches Geld in die Riesterrente stecken.

Die Ökonomen Giacomo Corneo, Matthias Keese und Carsten Schröder

haben untersucht, ob die Riester-Subventionen das Sparverhalten von Arbeitnehmern mit eher geringem Einkommen tatsächlich verändert haben.* Anhand des Sozio-oekonomischen Panels haben die Wissenschaftler die Angaben von Haushalten mit Riestersparplänen und Jahresnettoeinkommen bis 25.000 Euro vor und nach der Riesterreform ausgewertet. Das ökonomische Kalkül der Reform würde sich dann als richtig erweisen, wenn sie nach der Reform höhere Beträge zurücklegen würden als vorher. Tatsächlich konnten die Forscher dies nicht bestätigen. Die Reform habe vermutlich weder einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass Geringverdiener-Haushalte überhaupt sparen, noch auf ihre Sparquote, schreiben Corneo und seine Koautoren. Möglicherweise habe die Riesterrente

Arbeitnehmer im unteren Einkommensbereich lediglich dazu bewegen, ihre Ersparnisse umzuschichten: von nicht-subventionierten Anlageformen in subventionierte Riesterverträge.

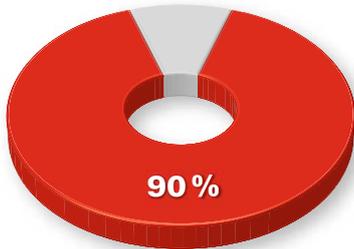
Grundsätzlich ist fraglich, ob eine Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte den zukünftig zu verteilenden Wohlstand überhaupt anhebt. Untersuchungen des IMK legen den Schluss nahe, dass hohe Sparquoten das Wirtschaftswachstum eher bremsen als beflügeln. Der seit 2001 zu beobachtende Anstieg der Sparquote erklärt sich dem IMK zufolge zu einem großen Teil durch die Umverteilung zugunsten der Haushalte mit hohen Einkommen, die mehr sparen. ◀

* Quelle: Giacomo Corneo u.a.: The Riester Scheme and Private Savings: An Empirical Analysis, in: Schmollers Jahrbuch 129 (2), 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

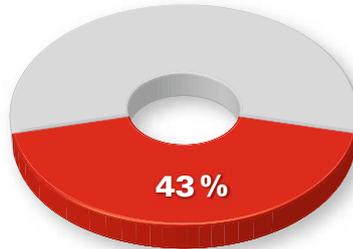
Betriebliche Mitbestimmung in Zahlen

So viele Beschäftigte werden vertreten durch einen ...

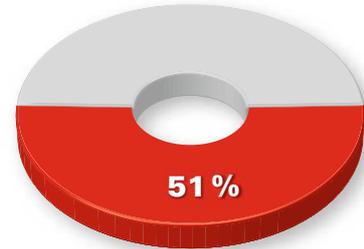
**Personalrat
im Öffentlichen Dienst**



**Betriebsrat
in der Privatwirtschaft***



**Personal- oder Betriebsrat
insgesamt**



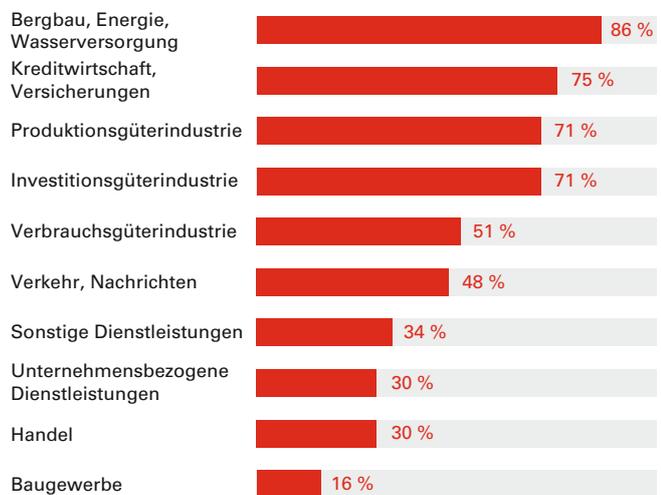
Betriebsratsgremien vertreten so viele Beschäftigte* in ...



So viele privatwirtschaftliche Betriebe* haben einen Betriebsrat in ...



... und so viele Beschäftigte in den Branchen



* Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten
Quelle: IAB-Betriebspanel 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Betriebsräte vertreten gut die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland. Das geht aus der jüngsten Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

hervor. Die Vertretungsdichte ist im öffentlichen Dienst höher als in der Privatwirtschaft, im Westen größer als im Osten, in Großbetrieben höher als in kleinen.

Arbeitsrecht

80 Prozent für Kündigungsschutz

Die große Mehrheit in Deutschland hält den Kündigungsschutz für unverzichtbar: 51 Prozent möchten ihn unverändert behalten, weitere 29 Prozent wollen ihn stärken. Lediglich 13 Prozent finden es richtig, den Kündigungsschutz einzuschränken oder abzuschaffen. Das zeigt eine aktuelle, repräsentative Umfrage von polis + sinus im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. In allen Berufsgruppen inklusive Selbständige und auch bei Anhängern von Union und FDP

plädiert eine deutliche Mehrheit für den unveränderten Erhalt oder Ausbau des Kündigungsschutzes.

„Der Kündigungsschutz schützt Beschäftigte vor Willkür, indem er transparente und überprüfbare Verfahren vorschreibt“, sagt Heide Pfarr, Wissenschaftliche Direktorin des WSI. Um so kritischer sieht die Arbeitsrechts-Professorin, dass die neue Koalition die sachgrundlose befristete Beschäftigung massiv erleichtern will. Das stelle das einen tiefen Ein-

griff in den Kündigungsschutz dar, Karenzzeiten könnten oft nicht verhindern, dass Beschäftigte auf Dauer in befristeten Arbeitsverhältnissen stecken blieben, betont Pfarr: „Konzerne und viele größere Unternehmen haben heutzutage Mitarbeiterpools oder firmeneigene Verleihgesellschaften. Dadurch ist es kein Problem, befristet Beschäftigte mal hier, mal dort anzustellen.“ Die Arbeitsmarktexperten von IMK und WSI, Camille Logeay und Alexander Herzog-Stein, warnen davor, dass Be-

schränkungen beim Kündigungsschutz die Flexibilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt sogar reduzieren könnten. Die interne Flexibilität, also beispielsweise die Möglichkeit, über Arbeitszeitkonten die Arbeitszeit an die Auftragslage anzupassen, sei sehr groß, wie sich gerade in der Krise zeigt. Viele dieser Instrumente funktionierten aber nur bei Beschäftigungsverhältnissen, die entsprechend sicher und planbar seien.

Download unter www.boecklerimpuls.de

Gespaltene Städte

In den benachteiligten Stadtteilen wächst der Anteil der Armen – die soziale Spaltung der deutschen Großstädte nimmt zu.

In der Bundesrepublik gibt es heute mehr Arme als vor zwei Jahrzehnten. Die neuen Armen leben vor allem dort, wo schon zuvor viele Benachteiligte wohnten, etwa in Bremen-Gröpelingen. Hier benötigten bereits 1990 gut 12,5 Prozent der Menschen Sozialhilfe; bis 2005 nahm der Anteil der Bedürftigen um weitere drei Prozentpunkte zu. Die Entwicklung im besser situierten Bremer Stadtteil Strom verlief hingegen umgekehrt: Die Quote der Hilfeempfänger ging im gleichen Zeitraum von 2,6 Prozent weiter zurück.

Die wachsende soziale Ungleichheit spiegelt sich in den Städten. In den meisten deutschen Großstädten führt sie zu einer voranschreitenden Spaltung – zu diesem Schluss kommt eine Studie der Universität Köln.* Jürgen Friedrichs und Sascha Triemer haben analysiert, wie sich die soziale und ethnische Trennung in den 15 größten Städten Deutschlands zwischen 1990 und 2005 entwickelt hat. Sie werteten dazu Statistiken der Stadtbezirke zu Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, Sozialwohnungen, ethnischer Zugehörigkeit, Zu- und Fortzügen aus. Aus den Einzeldaten bildeten sie jeweils einen Segregations-Index. Demzufolge wächst die soziale Spaltung in 11 der 15 untersuchten Städte: in Dresden und Leipzig, Bremen, Dortmund, Essen und Duisburg. Auch in Orten mit besseren wirtschaftlichen Bedingungen wie Hamburg, München und Düsseldorf, Köln und Nürnberg sieht es nicht besser aus. Nur in vier Großstädten nahm die soziale Segregation der Studie zufolge ab: in Frankfurt, Stuttgart und Hannover sowie von 1990 bis 2000 in Berlin.

Die räumliche Abgrenzung der Armen nimmt zu, die der Ausländer nimmt ab. In den meisten Großstädten gibt es mehr Armutsquartiere, die bereits bestehenden verfestigen sich. In Köln etwa hatten 1990 zehn Stadtteile eine zweistel- lige Sozialhilfe-Quote; bis 2005 kamen sieben neue Bezirke dazu. Zugleich stieg im ärmsten Kölner Quartier Chorweiler

der Anteil der Hilfsbedürftigen von 16,4 auf 24,3 Prozent. Im Unterschied dazu nimmt die ethnische Segregation von München bis Bremen ab: Stadtteile mit einer sehr hohen Ausländer-Konzentration sind seltener geworden, stellen die Wissenschaftler fest. Obwohl zwischen 1990 und 2005 der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung nicht gesunken ist, gab es weniger von Zugewanderten dominierte Stadtteile. Die Forscher nennen einen Grund dafür: Mit gestiegenem Wohlstand kann sich ein Teil der Ausländer Wohnungen in beliebteren Vierteln leisten.

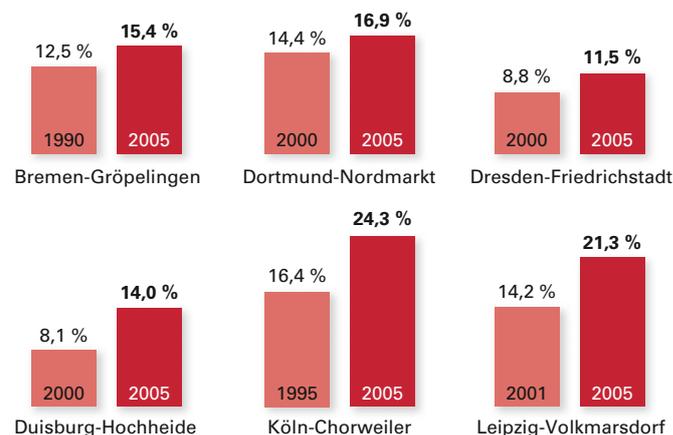
Wer es sich leisten kann, zieht weg. Die Stadtsoziologen bringen die räumliche Armutskonzentration vor allem mit dem Niedergang einzelner Industrien in Verbindung. So befinden sich Stadtteile mit besonders hoher Arbeitslosen- und Sozialhilfequote oft in der Nähe stillgelegter Großproduktionsstätten. Wenn in der Region kaum Jobs mit ähnlichem Qualifikationsprofil entstehen, bleibt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Damit beginnt in der Regel ein Teufelskreis, schreiben die Forscher: Wer es sich leisten kann, zieht weg. Den dagebliebenen Kindern fehlen positive Rollenmodelle, die Schulen sind oft schlechter als andernorts, die Menschen müssen mit Diskriminierungen leben und haben weniger Chancen am Arbeitsmarkt. Man gewinnt den Eindruck, „über die Lebensverläufe vieler Kinder aus benachteiligten Haushalten werde bereits im Alter von drei bis vier Jahren entschieden“, so die Studie.

Ganz schutzlos sind die Städte dem Strukturwandel jedoch nicht ausgeliefert, stellen die Soziologen fest. Aktive städtische Wohnungsbaupolitik könne die räumliche Trennung der Armen eindämmen – etwa, indem Sozialhilfebezieher auf Wohnungssuche gerade nicht in die Problemviertel verwiesen werden. Dabei können Förderprogramme des Bundes und der Länder helfen. Am meisten Erfolg aber verspreche es, wenn sich Anwohner für ihr Viertel engagierten. ◀

* Quelle: Jürgen Friedrichs, Sascha Triemer: *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*, Wiesbaden 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Städte: Konzentration der Armut

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger veränderte sich besonders stark in den Stadtteilen...



Beispiel Essen – geteilte Stadt

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger betrug 2005 in den Stadtteilen



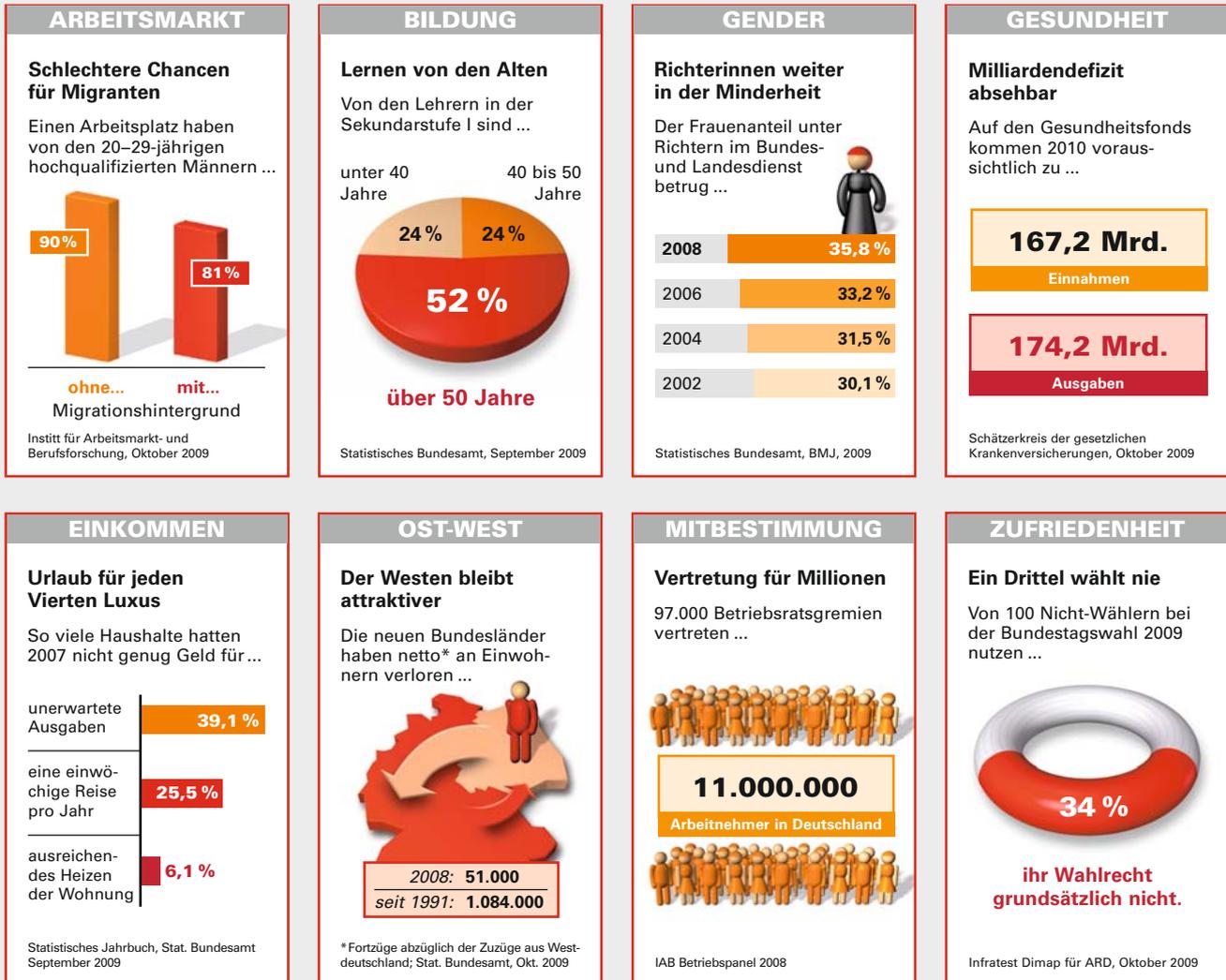
Quelle: Friedrichs, Triemer 2009
© Hans-Böckler-Stiftung 2009

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **GESUNDHEIT:** Sechs von zehn Europäern fürchten wegen der Wirtschaftskrise eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Das geht aus einer Umfrage der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hervor. Gleichzeitig machten sich die Befragten bei zunehmender Arbeitslosigkeit offenbar mehr Sorgen um ihre

unmittelbare Arbeitsplatzsicherheit als um Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, so die Studienautoren. So würden die meisten Europäer bei einem Stellenwechsel in erster Linie darauf achten, ob der neue Job krisenfest ist. An zweiter Stelle stehe das Gehalt, erst auf dem dritten Rang folgten sichere und gesunde Arbeitsbedingungen.
 EU-OSHA, Oktober 2009

► **SPARQUOTE:** In den ersten zwölf Monaten dieses Jahres legten die Deutschen 89 Milliarden Euro auf die hohe Kante. Rein rechnerisch sparte jeder Einwohner 180 Euro im Monat. Dies teilt das statistische Bundesamt mit. Die saisonbereinigte, am verfügbaren Einkommen gemessene Sparquote der privaten Haushalte betrug damit 11,2 Prozent. Trotz des massiven Kon-

junktureinbruchs blieb die Ersparnis – ebenso wie die Einkommen und der Konsum – auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Aus der Statistik des Bundesamtes lässt sich nicht ablesen, wie sich das Ersparte auf Haushalte mit niedrigen und hohen Einkommen verteilt.
 Statistisches Bundesamt, Oktober 2009